

Sächsische Vorzeitung und Elbgaupresse

Verlags-Gesellschaft: Amt Dresden Nr. 51307
Tel. Nr. 1 Elbgaupresse Dresden

mit Loschwiger Anzeiger
Tageszeitung für das östliche Dresden u. seine Vororte

Dach-Rente: 25% Deutsche Kredit-Anstalt, Dresden
Postfach-Nr. 212 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Städte Blasewitz, Loschwitz, Welcher Hirsch, Bählan, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk), Gemeinden Blasewitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-O.
Verlag: Elbgaupress-Verlag und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich: Eugen Berner Dresden.

Erscheint täglich mit der Beilage „Agrar-Warte“ und „Amtl. Anz.“ und „Fremdenliste“. Bezugspreis: Monatslich M. 6,00, — außer Postgebühren; bei den deutschen Postanstalten M. 6,00, —. Einzelverkaufspreis: M. 2,50. Für alle höherer Gewalt, Krieg, Streik usw. hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Druck: Clemens Langhans Nachf., Dresden-Freital. Bei unvollständigen eingekauften Exemplaren ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch den Besteller aufgegeben werden, kann eine Verantwortung bei der Richtigkeit nicht übernommen werden. Anzeigen werden die Geschäftsstelle des Blattes mit M. 300, — berechnet, Resten die 4 gefaltete Zeile mit M. 200, —. Anzeigen und Resten mit Plakatschriften und schwierigen Schriften werden mit 50 Prozent Aufschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vormittags 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Umgehender Nachdruck ist strafbar und kann verfolgt werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach dem Erscheinen der Anzeigen die Zahlung erfolgt. Bei gerichtlicher Einziehung der Anzeigenbeiträge fällt der bewilligte Rabatt fort.

Nr. 141

Blasewitz, Mittwoch, 20. Juni 1923

85. Jahrgang

Zwei geschickt gelegte Leimruten.

Paris, 19. Juni. Die englische Regierung hat, wie verlautet, in Paris und Brüssel zu verstehen gegeben, daß es ihr angenehm wäre, noch vor dem zu Mittwoch einberufenen Kabinettsrat in den Besitz der Antworten auf ihre Fragebogen zu gelangen. Es verlautet weiter, daß Frankreich und Belgien beschloßen haben, die englischen Fragen einzuweisen in London mündlich beantwortet zu lassen, da ein gemeinsamer Schritt erst nach der Lösung der belgischen Kabinettsstrife möglich wäre. Die Journalisten glauben, daß die mündliche Beantwortung des englischen Fragebogens für heute anhängig zu lassen. Paris, 19. Juni. Die Morgenblätter berichten: In amtlichen Kreisen Englands, Belgiens und Frankreichs werde von einer Besserung der Lage gesprochen. Die Antworten Belgiens und Frankreichs seien ein Beweis, daß die beiden Länder zum Entgegenkommen bereit sind. Die französisch-belgische Antwort über den passiven Widerstand soll dahin lauten, daß die französische Befehlsbefugnis nicht gemacht werden würde, falls die Reichsregierung die Verordnungen zur Organisation des Widerstandes zurückzieht. Einzelne Blätter erklärten, das französische Entgegenkommen in dieser Form sei größer, als es nach außen hin erscheine. Frankreich fordere nur Zurückziehung der Regierungsverordnung, lasse es aber dahingestellt, ob die Ruhrbesetzung dann wirklich gehorche und den Widerstand aufhebe. Frankreich sei also indirekt bereit, einen spontanen Widerstand zu respektieren und trotzdem in Verhandlungen über die Unschicklichkeit der Befehlsbefugnis einzutreten.

Uns dünkt, der Wunsch, die Regierung möge alle den passiven Widerstand betreffenden Verordnungen zurückziehen und das Verbot, die Befehlsbefugnis „unschicklich“ zu machen, sind zwei sehr geschickt ausgelegte Leimruten. Fragt sich nur, ob wir so einfallig sind, darauf zu treten.

Nicht Fragen.

Elberfeld, 20. Juni. Augenblicklich bereiten maßgebende Persönlichkeiten, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer aus dem Ruhrgebiet über ein Gutachten, das der Reichsregierung in der Frage des passiven Widerstandes überreicht werden soll. Dieses Gutachten umfaßt 1. Aufgabe der Regie. 2. Rückkehr der Ausgewiesenen. 3. Entlastung der Eingeführten. 4. Bericht auf alle Zwangsmaßnahmen. 5. Befreiung der Arbeitslosen und Kontrollmaßnahmen. 6. Wiederherstellung des Telefon- und Telegrafenverkehrs. 7. Entschädigungen für Verletzungen und Tötungen durch das französische Militär. 8. Entschädigung für weggenommene Privatproduktion. Das Gutachten soll am Mittwoch der Reichsregierung überreicht werden.

Die Verkehrslage im Ruhrgebiet.

Münster, 19. Juni. Der Bahnhof Gelsenkirchen-Schulte ist von den Franzosen wieder geräumt worden. Der Verkehr auf der Strecke Gelsenkirchen-Bismarck nach Rarmap ist wieder aufgenommen worden. Ebenfalls sind die Bahnhöfe Gengern und Obergangern von den Franzosen wieder freigegeben. Von dem gleichfalls geräumten Bahnhof Gommern haben die Franzosen sämtliche Schiffe zu den Gebäuden mitgenommen.

Dortmund, 19. Juni. Zur Bahnlegung des Eisenbahnverkehrs durch die Befreiung sämtlicher Bahnhöfe und Eisenbahnwerkstätten und zur französischen Drohung, alle Eisenbahner auszuweisen, wenn sie in Zukunft nicht gewillt seien, für die französisch-belgische Regierung zu arbeiten, haben die

organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten von Groß-Dortmund eine Rundgebung erlassen, in der sie den Eisenbahnern ihre tatkräftige Hilfe und brüderliche Unterstützung zusichern, ihre Teilnahme an dem besorgenswerten Schicksal der Eisenbahner auszusprechen und zur Ruhe und Besonnenheit mahnen.

Paris, 19. Juni. Gestern hatte bereits der „Temps“ die Frage besprochen, ob durch die Militarisierung der Eisenbahn Essen-Dortmund die Ernährung der Bevölkerung des Ruhrgebietes gefährdet erscheine. Heute erörtert in einem offenbar inspirierten aus Dortmund datierten Artikel die „Agence Havas“ dieselbe Frage. Es heißt darin, daß die Bevölkerung des Ruhrgebietes bestrebt, die Befreiung der Linie Essen-Dortmund würde ernste Schwierigkeiten für die Lebensmittelversorgung nach sich ziehen. Da die deutschen Eisenbahner bis jetzt die Arbeit unter der Regie ablehnten, müßten nun auch nach Dortmund die Lebensmittel in Lastkraftwagen zugeführt werden. Dieses Ausfallsmittel werde aber wegen des Materialmangels bald versagen.

Enteignung von Privateigentum.

Essen, 19. Juni. Nach einer in Essen veröffentlichten Verordnung des Generals Depoutte können Berg- und Hüttenwerke, wenn sie die von den Franzosen geforderten Gegenstände nicht liefern, in Besitz genommen und entweder von der französischen Befehlshaberbehörde direkt betrieben oder Konzessionen für den Betrieb vergeben werden. Auf Verweigerung der Lieferung stehen Geldstrafen bis zu 15 Jahren und Geldstrafen bis zu 150 Millionen Mark. Ver-

tonen, die gegen die von den Franzosen in Besitz genommenen Werke Sabotageakte verüben, werden nach der Verordnung mit dem Tode bestraft.

Das Wüten gegen die Eisenbahner.

Frankfurt, 19. Juni. Im Gebiet von Ober- und Niederrhein wurden gestern 21 Eisenbahner zum größten Teil mit Familien auszuweisen. Sie durften nur Kleider und Leibwäsche mitnehmen. Aus Worms wurden 148 Eisenbahner ausgewiesen. Weitere 150 werden aus Bingerbrunn erwartet. Bingerbrunn soll von deutschen Eisenbahnern bereits fast völlig entleert sein.

Münster, 19. Juni. Aus einer Uebersicht über die bis zum 17. d. Mts. besetzten Stellen des Ruhrgebietes ergibt sich, daß von den bis zum genannten Tage besetzten 55 Sachanlagen 9 wieder geräumt wurden.

Amerika und die Finanzen Europas.

Washington, 19. Juni. Der amerikanische Schatzsekretär Mellon wird sich am Sonnabend nach England einschiffen, um mit Baldwin über die Finanzlage Europas zu konferieren. Wedder, der britische Botschafter in Washington, hat am heutigen Dienstag ein Zusatzprotokoll zum englisch-amerikanischen Abkommen über die britischen Kriegsschulden unterzeichnet.

Ueberraschende Besserung des Marktes in New-York.

New-York, 20. Juni. An der gestrigen Börse trat eine überraschende Besserung des Marktes ein. Die Schlussnotierung der Markt entspricht einem Dollarkurs von 122 1/2 Mt. gegen 128 1/2 Mt. am Vorgabe.

Das Hinauffchnellen der Tarife.

Verdreifachung der Eisenbahnfahrtpreise.

Berlin, 19. Juni. In der heutigen Sitzung des Rendanten Ausschusses des Reichseisenbahnrates sprach sich die Mehrheit des Ausschusses für die von der Verwaltung vorgesehene Erhöhung der Gütertarife um 200 % (also auf das Dreifache) aus. Eine Erhöhung der Personentarife zum 1. Juli d. J. um 300 % für die 1. und 2. Klasse und um 200 % für die 3. und 4. Klasse (also auf das Dreifache) wurde mit beiderseitiger Stimmenmehrheit angenommen. Die Entscheidung des Reichsverkehrsministers steht noch aus.

Einigung über die Beamtenegehälter.

Berlin, 19. Juni. Die Verhandlungen der Spitzenorganisationen über die Erhöhung der Gehälter der Beamten und Angestellten haben am Dienstagabend zu einer Einigung geführt. Der Teuerungszuschlag wird auf 600 Prozent ab 1. Juni erhöht. Die Franzosenlage beträgt künftig 4000 Mark. Die Belastungszuschläge für alle Dienstklassen gleichmäßig auf 8000 Mark festgesetzt. Die Anzahlung der Besoldung soll mit archaischerweise Rückzahlung erfolgen. Die Verbesserung beträgt 102,6 Prozent.

Die Löhne der Reichsarbeiter.

Berlin, 19. Juni. Die gestrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der Reichsarbeiter haben in später Nachtstunden zu einer Einigung geführt. In der Ortsklasse A soll der Stundenlohn ohne Ortszulage für den Handwerker 4560 Mark, für den ungelernten Arbeiter 4272 Mark vom 15. d. Mts. an be-

tragen. Die erhöhten Beträge für die laufende Woche können am Freitag zur Auszahlung. Der Höchstlohn für die Ortszulage beträgt künftig 58 v. H. In einzelnen ergeben sich eine Korrespondenz zufolge durch die neue Lohnregelung folgende Grundstundentlöhne: Gruppe 1: 4800, Gruppe 2: 4580, Gruppe 3: 4560, Gruppe 4: 4440, Gruppe 5: 4368, Gruppe 6: 4320, Gruppe 7: 4272, für die weiblichen Arbeitnehmer Gruppe 1: 3171, Gruppe 2: 3051, Gruppe 3: 2991 Mark. Hierzu tritt dann die Ortszulage; die Frauen- und Kinderbeihilfe beträgt je 300 Mark je Stunde.

Junistaffel der Berliner Metallarbeiter.

Berlin, 20. Juni. In den Verhandlungen zwischen einer Kommission des Verbandes der Berliner Metallindustriellen und des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist es vorbehaltlich der Zustimmung der beiderseitigen Verbände zu folgender Lohnregelung gekommen: Die Stundenlöhne werden in der 1. Klasse in der ersten Junistwoche auf 3100 Mark, in der zweiten auf 4000 Mark, in der dritten auf 5500 Mark und in der vierten Woche auf 6500 Mark erhöht.

Der Großhandelsindex.

Berlin, 20. Juni. Infolge des neuen Marktkurses hat sich das Niveau des Großhandelspreises nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes vom 12.393fachen des Vorkriegsstandes am 5. Juni auf das 17.496fache oder um 41,2 v. H. am 15. Juni gehoben.

Wichtige Ereignisse.

Die Gehälter der Reichs- und Staatsbeamten werden um 102,6 Prozent erhöht. Auch über die Löhne der Staatsarbeiter ist eine Einigung erzielt.

Vom 1. Juli ab werden die Löhne einer Eisenbahnfahrt in der 3. und 4. Wagenklasse.

Der preussische Minister des Innern, Seering, beschuldigte im preussischen Landtag die Nationalsozialisten des Betrugs von Schlingens und eines Verschwörungsplanes gegen Seering selbst.

Im Münchener Hochverratsprozess beantragte der Staatsanwalt für den Hauptangeklagten Adolf Heubach eine lebenslange Haftstrafe.

Baifespel, Terror und Verschleppungstaktik.

Herr Poincaré und seine Generale müßten einen vollen Sieg erringen, den Widerstand des Ruhrgebietes und des Westlandes brechen, bevor diplomatische Verhandlungen beginnen. Um in bestmöglichem Tempo an das Ziel zu gelangen, werden sie zwei Methoden an die Hand nehmen, die beide gleich „schmerzhaft“ sind. Sie lassen durch ihre für solche Notumstände geeigneten Offiziere immer mehr Rastenschleife öffnen, und gewiß ist gute Beschäftigung demjenigen sicher, der am meisten zusammenraubt. Ihre Protokolle erweisen unter dem Vorwande, die Städte für irgendeine Sabotage zu strafen, immer höhere Summen, und ihre dienstwilligen Richter erlegen den Angeklagten Milliardenbussen auf. Man ergreift und beschlagnahmt mit heuliger Besinnelicheit Personen, die man für zahlungsunfähig hält. Es kann nicht bezweifelt werden, daß man das zusammengeraffte Geld auf die Märkte wirft, um ganz künstlich und von Tag zu Tag die Mark weiter herunterzubringen. Es ist ganz klar, daß man die gestohlenen und erpreßten Schätze nicht etwa aufspeichert, sondern für ein organisiertes Baifespel verwendet und so die Unterdrückung der Ruhrkämpfer erdrosselt, die Teuerung fortwährend steigert, Unruhen und Panik erzeugen will. Früher wurden aus erbeuteten Metallen Geldstücke geschlagen, jetzt hat man entdeckt, daß auch aus gestohlenen Papiergeld eine Waffe fabriziert werden kann.

Von der zweiten Methode, die in der fortgeschrittenen, planmäßigen Entwicklung des Terrors besteht, werden — trotz allen Entschuldigungen — gleichfalls noch günstige Resultate erzielt. Die Menschen im Westlande und im Ruhrgebiet leiden namenlos, aber man kann sie nicht so leicht zu Fall bringen, wie die Mark. Diese unerbittliche, mühsame Beschäftigung hat, wie zahlreiche Anzeigen beweisen, den lebhaften Wunsch, daß nicht ortsfremde Helfer, sei es auch in trefflicher Absicht, sich mit einer unpraktischen Sabotage befassen möchten, die jedesmal neue Verdrüssungen, neue Verhaftungen und neue Erpressungen erndtlich und darum das Herz des französischen Kommandanten, in dessen Bezirk sie sich ereignet, außerordentlich erregt. Es muß den Ruhrleuten überlassen bleiben, ihre Mittel selber zu wählen, und die nationalistischen Mittel pflegen mehr schädlich als nützlich zu sein. Ein Strahlenstein dürfte das Anliß des Herrn Poincaré überlassen haben, als er am Telefonapparat die Kunde von der Mordnacht in Dortmund erhielt. So kam, zwar nicht am Telefon, aber am Fenster des Louvre, Charles IV., als der Vorn der Bartholomäusnacht zu ihm drang. Dana's sagte in Angers, wo man, wie überall, ein Messer veranfaßt hat, daß die meisten Bürger festgenommen hätte, ein Primarschwerföhrlicher zu dem Leiter der Operation,